

Sessionsbericht Ständerat Herbstsession 2009

Datum Juni 2009

Von Verena Diener, Ständerätin Zürich

Neben den Bundesratswahlen, über die schon endlos viel geschrieben wurde, zeigte sich in dieser Session vor allem der politische Unterschied zwischen Ständerat und Nationalrat. Nicht weniger als vier Geschäfte wurden von den beiden Räten so unterschiedlich beurteilt, dass sie bis vor die Einigungskonferenz gebracht werden mussten. Dies bedingt, dass jeder Rat dreimal die Vorlage diskutiert und entschieden haben muss. Die Einigungskonferenz wird von National- und Ständeräten gemeinsam gebildet.

Bei Atalanta sprach sich der Ständerat für einen schweizerischen Einsatz im Golf von Aden aus. Die Sicherheit der Seehandelswege für unsere 35 Schiffe unter Schweizerflagge sowie die Sicherheit für die Welternährungsprogramme sprachen für den befristeten Einsatz von Elitesoldaten unserer Armee. Der Nationalrat sprach sich konsequent dagegen aus.

Beim Media-Abkommen sprach sich der Ständerat gegen die Einführung von Alkoholwerbung auf allen Fernsehstationen in unserem Land aus. Der Alkoholkonsum gerade auch bei den Jugendlichen sollte nicht noch durch zusätzliche Werbung angeheizt werden. Ganz anders sah das der Nationalrat, der wiederholt diese Werbung zulassen wollte. In der Einigungskonferenz beider Räte obsiegte mit 1 Stimme die nationalrätliche Haltung. Dies, weil die SVP geschlossen für die Werbung stimmte, obwohl sie die Disziplinlosigkeit der Jugend ständig anprangert.

Ebenso ging es beim dritten konjunkturellen Stabilisierungsprogramm. Auch wenn dieses nicht über alle Zweifel erhaben war bezüglich seiner Wirksamkeit, war der Ständerat bereit, dieses zu unterstützen, da es darum ging, junge Menschen vor Arbeitslosigkeit zu schützen und Ausgesteuerten einen Wiedereinstieg zu ermöglichen. Zudem sollte die CO₂ Abgabe vorgezogen an die Bevölkerung zurückerstattet werden, um die Kaufkraft zu verstärken. Der Nationalrat lehnte die Vorlage dreimal ab.

Und zu guter Letzt ging dies auch dem Landwirtschaftsgesetz so. Es ging darum, finanzielle Reserven zu schaffen über die Zweckbindung von Erträgen aus Einfuhrzöllen auf Landwirtschaftsprodukten. Dies als vertrauensbildende Massnahme für die Bauern, die die Freihandelsdebatte mit grossem Misstrauen verfolgen. Der Ständerat war bereit, hier pro Jahr gegen 450 Millionen Franken während 8 Jahren zur Abfederung der Folgen eines möglichen WTO-Abkommens oder einem Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union bereitzustellen. Der Nationalrat lehnte Eintreten auf die Vorlage ab.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass das Zweikammersystem durchaus Wirkung zeigt, auch wenn viele Geschäfte reichlich Zeit beanspruchen, bis sie verabschiedungsreif sind.

Verena Diener, Ständerätin Kanton Zürich